

Teil 3 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VSD)

Zitat

"Wir leben in einer Zeit mit vielen Krisen. Wir sollten – wie dies schon Richard von Weizsäcker sagte – von den Chinesen lernen. Sie haben das gleiche Schriftzeichen für Krise und Chance. So gesehen, leben wir in einer Zeit mit vielen Chancen!"

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Die Gesundheitsbefragung 2002 der Baselbieter Bevölkerung zeigt, dass sich rund 85 Prozent der Baselbieter Bevölkerung gesund oder sehr gesund fühlen. Gesundheit ist mehr als Abwesenheit von Krankheit. Sich gesund fühlen kann vieles bedeuten, etwa sich leistungsfähig, im Gleichgewicht und sozial gut aufgehoben fühlen - unabhängig davon, ob man unter gesundheitlichen Störungen oder Beeinträchtigungen leidet. Die Arbeit in der industrialisierten Welt hat einen hohen Stellenwert. Der beschleunigte Strukturwandel in der Wirtschaft, veränderte Anforderungen am Arbeitsplatz, können einen erheblichen Druck erzeugen. Eine Kündigung oder die Angst, die Stelle zu verlieren, verursachen Stress und gelten als Risiko für die körperliche und psychische Gesundheit. Wirtschaft und Arbeit, Gesundheit und Krankheit sind also Bereiche, die einen inneren Zusammenhang aufweisen bzw. aufweisen können, Themen, welche die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion Hand in Hand täglich bearbeiten.

Das Jahresprogramm 2004 des Regierungsrates hat die Arbeitsfelder der Direktion bezeichnet. Im Jahre 2005 geht es darum, die „Feldarbeit“ weiterzuführen. Es gilt, eingebrachtes Saatgut, so zum Beispiel die Umsetzung des freien Personenverkehrs, die Umstellung der Berufsbildung bei den Gesundheitsberufen und bei den land- und hauswirtschaftlichen Ausbildungen, die weitere Verbesserung des Zugangs zu Geoinformationen (GIS) sowie die Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Projekt Frühbereich II, zu hegen. Es gilt, Böden, die sich derzeit noch als steinig erweisen, zu beackern, so zum Beispiel die Revisionsarbeiten am Krankenversicherungsgesetz, die Revisionsarbeiten am Wirtschaftsförderungsgesetz oder der Umgang mit den erheblichen Strukturanpassungen, welche die Wirtschaftsregion Nordwestschweiz erschüttern. Und es gilt, Hand in Hand mit dem Partnerkanton Basel-Stadt und den Nachbarregionen Aargau und Solothurn, der niedergelassenen Ärzteschaft und den Privatspitalern das Feld der Spitalversorgung Nordwestschweiz zu bestellen.

<p>Nr. 3.01</p>	<p>Programmpunkt Wald</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Wald- und Holzwirtschaft befindet sich im Umbruch. Der Rohstoff Holz und Holzprodukte werden immer stärker international gehandelt. Ein im Rahmen des Förderprogramms "Holz 21" angestellter Vergleich zeigt, dass die Effizienz der Holzernteverfahren in der Schweiz mit jener in anderen europäischen Ländern nicht mehr Schritt halten kann. Die schweizerische Waldwirtschaft befindet sich in einer seit mehreren Jahren andauernden Ertragskrise. Die Waldeigentümer sollen in den von ihnen eingeleiteten Selbsthilfemassnahmen unterstützt werden.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 3.01.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Waldprogramm Basel-Landschaft und Waldpflege Waldprogramm Basel-Landschaft: Einsetzen einer Expertenkommission (Forum) für die Begleitung eines breit abgestützten Mitwirkungsprozesses für die Definition einer kantonalen Wald- und Holzpolitik. Beginn der Arbeiten im Herbst 2004, Abgabe eines Expertenberichtes zuhanden der Regierung bis Herbst 2005. Waldpflege: Volkswirtschaftliche Optimierung einer nachhaltigen und naturnahen Waldpflege und Nutzung von einheimischem Holz durch die Erhaltung und die Stärkung leistungsfähiger Forstbetriebe zur Sicherstellung der öffentlichen Leistungen (Schutz und Wohlfahrt) des Waldes. Prüfung von Förderungsmassnahmen und Ausarbeitung von Zielvereinbarungen und Leistungsaufträgen (Jungwaldpflege, Schutzwaldbewirtschaftung) mit den öffentlichen und privaten Waldeigentümern mit dem Ziel, letzteren mehr Flexibilität bei der Gestaltung der Jahresprogramme und im Massnahmenvollzug zu gewähren sowie die forstlichen Förderungsmassnahmen durch die Bündelung der Beiträge auf der Basis von Leistungsvereinbarungen zu optimieren. Die Industriellen Werke Basel-Stadt planen gemeinsam mit dem Waldwirtschaftsverband beider Basel den Bau und den Betrieb eines Holzkraftwerkes in einer für Schweizer Verhältnisse bisher nicht bekannten Grössenordnung. Die VSD bzw. das Forstamt unterstützen die Waldeigentümer bei der Erarbeitung eines überbetrieblichen Logistikkonzeptes für eine regionale Holz-Schnitzelbeschaffung.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.065 Mio. Fr.</p>	<p>Bedingt durch die zeitliche Verzögerung auf Stufe Bund (Waldprogramm CH und Waldgesetzesrevision) wurden die für das Jahr 2004 auf Stufe Kanton geplanten Arbeiten sistiert und erst 2005 aufgenommen. Geplant ist weiterhin die Definition einer kantonalen Wald- und Holzpolitik, begleitet durch eine Expertenkommission (Forum). Die entsprechenden Arbeiten wurden im Herbst 2005 aufgenommen. Es ist vorgesehen, bis Sommer 2006 einen Expertenbericht zuhanden des Regierungsrates zu erstellen. Die Vorbereitungsarbeiten sind, soweit dies innerhalb der kantonalen Hoheit möglich ist, weitgehend abgeschlossen, die konkrete Umsetzung hängt jedoch davon ab, dass der Bund die "Produkte und Bestellungen" abschliessend definiert. Durch die Zusammenlegung des ehemals federführenden BUWAL (Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft) mit dem Bundesamt für Wasser und Geologie ist eine weitere Verzögerung entstanden. Das Projekt eines Holzkraftwerkes ist weiterhin auf gutem Weg. Zum Einen haben die IWB den erforderlichen Rahmenkredit durch den Grossen Rat zugesprochen erhalten, zum Anderen gründeten die Waldeigentümer die notwendige Finanzierungsgesellschaft.</p>

<p>Nr. 3.01.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Gefahrenhinweiskarte Abschluss der Gefahrenhinweiskartierung und Ausarbeitung eines konkreten Projektes für die Erstellung der Gefahrenkarten inkl. der notwendigen Landratsvorlage für die ausgeschiedenen Teile des Kantonsgebietes (Schutz vor Naturgefahren).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.035 Mio. Fr.</p>	<p>Das Projekt Gefahrenhinweiskarte konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Darauf abgestützt wurden jene Gemeinden bzw. Gemeindegebiete (Hochwassereinzugsgebiete) ausgeschieden, für die eine Gefahrenkarte erarbeitet werden muss. Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungsarbeiten für dieses Projekt abgeschlossen und die nun vorhandenen Grundlagen fliessen in die kantonale Richtplanung ein. Die Federführung für die Gefahrenkarte liegt inzwischen bei der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung. Im November fand die verwaltungsinterne Vernehmlassung für die Landratsvorlage statt.</p>
<p>Nr. 3.01.03</p>	<p>Einzelne Massnahmen Weiterführung der Wiederherstellungsarbeiten Wald nach „Lothar“ und nach dem trockenen Sommer 2003 Weiterführung der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Wiederherstellungsprojekt "Lothar" und unter Berücksichtigung der Folgeschäden, bedingt durch die extreme Trockenheit des Sommers 2003 auf der Basis des verlängerten Projektes (Entlastungsprogramm Bund, Genehmigungsvorbehalt). Fortsetzung der Massnahmen (Wiederinstandstellung, Forstschutz) im Wald. Landratsvorlage 2001 / 128, Verpflichtungskredit 2001 - 2006 LRB 1282 / 01 Total: Fr. 5'126'200.- (Konto 2225.36x / 37x) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 4'338'161.- Budget 2004: Fr. 198'380.- Budget 2005: Fr..129'000.- Total: Fr. 1'106'000.- (Konto 2225.47x) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 898'071.- Budget 2004: Fr. 90'000.- Budget 2005: Fr. 39'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.090 Mio. Fr.</p>	<p>Das Nachfolgeprojekt wurde im Landrat am 20. Oktober 2005 genehmigt und die ersten Tranchen der Projektarbeiten sind bereits abgeschlossen. Insgesamt wurden 159'700 Franken an die Waldeigentümer ausbezahlt. Davon entfielen auf den Bund 26'500 Franken.</p>

<p>Nr. 3.01.04</p>	<p>Einzelne Massnahmen Waldschadenuntersuchung Fortsetzung des Programms auf reduziertem Niveau mit dem Schwerpunkt der Beobachtungen im Bereich Bodendynamik, der Änderungen der Pflanzengesellschaften sowie der Untersuchungen zur Auswirkungen der Trockenheit 2003.</p> <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit 2004 - 2007 (noch hängig) Total: Fr. 537'500.- (Konto 2225.318.93) Budget 2004: Fr. 131'000.- Budget 2005: Fr. 131'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.131 Mio. Fr.</p>	<p>Die Weiterführung der Waldschadenuntersuchung wurde vom Landrat am 12. Januar 2006 beraten und genehmigt. Die kantonalen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 125'000 Franken.</p>
--------------------	--	--	--

<p>Nr. 3.02</p>	<p>Programmpunkt Arbeit / Wirtschaft</p> <p>Strategische Zielsetzungen Für das Jahr 2005 sind ausnahmsweise einmal nur wenige grundlegende Neuerungen in der Gesetzgebung in Aussicht. Eine davon bildet aller Voraussicht nach der Einbezug der EU-Osterweiterung in das bilaterale Abkommen EU - CH über den Freien Personenverkehr, wobei zu erwarten ist, dass die Freizügigkeitsbestimmungen bezüglich der neuen EU-Staaten erst nach Ablauf einer Übergangsfrist in Kraft treten werden. Es ergeben sich daraus dennoch zwei strategische Schwerpunkte:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Umsetzung der neuen Herausforderungen aus dem Freien Personenverkehr mit der EU, 2. die Bewältigung der im Jahre 2005 wirksam werdenden Teile der in diesem Jahr beschlossenen Massenentlassungen. <p>Im Bereich der Kinder- und Familienzulagen besteht die strategische Zielsetzung in der Realisierung eines neuen Familienzulagengesetzes. Die beiden Initiativen "KMU-Förderungsinitiative" und "KMU-Entlastungsinitiative" werden Mitte des Jahres dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Das Impulsprogramm "Familie und Beruf", welches die Schaffung zusätzlicher Kinderbetreuungsplätze, vorab im Altersegment 0 bis 4 Jahre, zum Ziel hat, wird seinen Abschluss finden.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Die Volksabstimmung vom 25. September 2005 über den Einbezug der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten ("EU-Ost-Erweiterung") in die Bilateralen Abkommen mit der Schweiz und die damit verbundene Verschärfung der flankierenden Massnahmen zum Freien Personenverkehr beschäftigten Bevölkerung, Politik und Medien intensiv. Die Vorlage wurde von der Baselbieter Bevölkerung bei einer Stimmbeteiligung von 50% mit 57'213 Ja gegen 38'550 Nein angenommen. Zusammen mit den Sozialpartnerorganisationen konnte in unserem Kanton von Anfang an eine wirkungsvolle Vollzugsorganisation und kompetente Information bereitgestellt werden, was wesentlich zur Objektivierung der Diskussion und zur Vertrauensbildung beitrug.</p> <p>Die im Jahre 2005 umgesetzten Teile zuvor beschlossener Massenentlassungen konnten insofern gut bewältigt werden, als sie geringere Auswirkungen auf die Zahl der Stellensuchenden zur Folge hatten, als ursprünglich befürchtet werden musste.</p> <p>Die Volksabstimmung über das neue Familienzulagengesetz fand ebenfalls am 25. September 2005 statt. Die Bevölkerung entschied sich mit 58'841 Stimmen oder 71.8% für die Variante 1.</p> <p>Die Abstimmung über die "KMU-Förderungsinitiative" und die "KMU-Entlastungsinitiative" fand am 5. Juni 2005 statt. Beide Vorlagen wurden bei einer Stimmbeteiligung von 84% mit deutlichem Mehr von 86.9% resp. 86.6% angenommen. Das Impulsprogramm "Familie und Beruf" wurde planmässig Ende 2005 beendet. In den insgesamt vier Jahren seiner Laufzeit konnten 148 neue Krippenplätze geschaffen und eine Sensibilisierung breiter Kreise für Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben erreicht werden.</p>
-----------------	--	---

<p>Nr. 3.02.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Tripartite Kommission und Schwarzarbeit Etablierung, Konsolidierung und Intensivierung der diversen neuen ordnungspolizeilichen Aktivitäten des Amtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) auf dem Arbeitsmarkt zum Wohle unserer Wirtschaft. Dazu gehören insbesondere: - die Führung des Präsidiums und Aktuariats der per Juni 2004 gebildeten Tripartiten Kommission (TPK) zu den flankierenden Massnahmen im Freien Personenverkehr, - die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, insbesondere bei den sich aus dem Entsendegesetz ergebenden Kontrollaufgaben, - die Vornahme von Kontrollen und anderen Vollzugsaufgaben im Auftrage der TPK, - die Koordination mit den Aufgaben des Schwarzarbeitsinspektorates, die allenfalls korrekte Umsetzung des zu erwartenden Zusatzprotokolls zum bilateralen Abkommen EU - CH über den Freien Personenverkehr betreffend die EU-Osterweiterung.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.2 Mio. Fr.</p>	<p>Im Rahmen der Erhebungen seitens des Bundes, aber auch der Medienberichterstattungen wurde unserem Kanton von Anfang an und mehrfach eine wirksame Vollzugs- und Kontrollorganisation im angesprochenen Bereich attestiert. Die seit längerem gezielt aufgebauten Strukturen im KIGA Baselland erweisen sich als effizient, was mit weiteren organisatorischen Massnahmen und dem laufenden Erfahrungsgewinn noch gesteigert werden konnte. Die Tripartite Kommission darf in unserem Kanton als etabliert und anerkannt gewertet werden. Die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnerorganisationen beim Vollzug des Entsendegesetzes gestaltet sich konstruktiv und wirkungsvoll, insbesondere auch in präventiver Hinsicht.</p>
<p>Nr. 3.02.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Dienstleistungs- und Kapazitätsanpassung im ALV-Vollzug Die 2004 in die Wege geleiteten Massenentlassungen von einigen grösseren Firmen werden in einigen Fällen konkrete Auswirkungen haben (Bombardier, Clariant, DSM, Spengler, Syngenta). Dem gegenüber steht die Erwartung einer allgemeinen Erholung der Arbeitsmärkte seitens der Wirtschaftsprognostiker. Es gilt, in diesem Spannungsfeld eine sorgfältige Planung und Anpassung des Dienstleistungsangebots vorzunehmen.</p>	<p>Keine finanziellen Auswirkungen für den Kanton. Aufwand kann zulasten der ALV (Bund) abgerechnet werden.</p>	<p>Die erhoffte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist im Jahre 2005 nicht eingetroffen. Immerhin trat im Gesamten gesehen auch keine Verschlechterung ein, sondern blieb die Situation in etwa konstant. Erfreulicherweise blieb unser Kanton von weiteren grossen Massenentlassungen verschont, mit Ausnahme der im Dezember per 2006 angekündigten voraussichtlichen Schliessung der Firma Rohner in Pratteln.</p>
<p>Nr. 3.02.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Landratsvorlage als Gegenvorschlag zur Initiative "Höhere Kinderzulagen für alle" Die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion beabsichtigt, noch im zweiten Halbjahr 2004 dem Landrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche einen Gegenvorschlag zur Initiative "Höhere Kinderzulagen für alle" beinhaltet. Gegebenenfalls wird darüber im Frühjahr 2005 eine Volksabstimmung folgen. Anschliessend ist die Umsetzung vorzubereiten (geplantes Inkrafttreten: 1. 1. 2006).</p>	<p>Allfällige finanzielle Auswirkungen erst per 2006.</p>	<p>Das neue Familienzulagengesetz gilt als eines der modernsten der Schweiz. Es verwirklicht insbesondere den Grundsatz "ein Kind - eine Zulage". Das neue Gesetz ist seit 1. Januar 2006 in Kraft.</p>

<p>Nr. 3.02.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Landratsvorlagen zu den KMU-Initiativen Landratsvorlage zur formulierten Verfassungsinitiative zur Reduktion der Regelungsdichte zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Förderungsinitiative) und zur formulierten Gesetzesinitiative zur Reduktion der Regelungsdichte und zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Entlastungsinitiative). Die beiden Initiativen werden vom Landrat noch in der zweiten Jahreshälfte 2004 zu beraten sein. Die Volksabstimmung ist auf Mitte 2005 vorgesehen.</p>		<p>Die am 5. Juni 2005 vom Baselbieter Stimmvolk angenommenen Vorlagen KMU-Förderungsinitiative (Verfassungsänderung) und KMU-Entlastungsinitiative (neues Gesetz) sind innert einem Jahr umzusetzen. Ausnahme bildet dabei die Regulierungsfolgenabschätzung bei bestehenden Erlassen, welche innert zwei Jahren umzusetzen ist. Nachdem einerseits ein Grossteil der die KMU belastenden Gesetze, Verordnungen und administrativen Vorgaben (Sozialversicherungen, Mehrwertsteuer etc) auf Bundesrecht fussen und andererseits der Bund gemäss gesetzlichem Auftrag bereits Instrumente zur KMU-Entlastung im Einsatz hat, wurde diesbezüglich eine enge Zusammenarbeit mit dem Seco etabliert. Damit fliessen die Erfahrungen des Seco sowohl betreffend Funktionsweise des KMU-Forums als auch bezüglich Regulierungsfolgenabschätzung in unser Projekt ein. Der Vorschlag zur Bildung und Zusammensetzung des KMU-Forums wird dem Regierungsrat zur Inkraftsetzung auf den 1. April 2006 (Beginn der neuen Amtsperiode der kantonalen Kommissionen) unterbreitet.</p>
<p>Nr. 3.03</p>	<p>Programmpunkt Landwirtschaft</p> <p>Strategische Zielsetzungen Weiterarbeit an der Anpassung der land- und hauswirtschaftlichen Ausbildung an das Bundesgesetz über die Berufsbildung sowie Unterstützung der Landwirtschaft bei der Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen. Überprüfung der Mitgliedschaft im Konkordat über die Hochschule Wädenswil.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Die Anpassungen im Bildungsbereich dauern an. Trotz kleiner Verzögerungen auf schweizerischer Ebene bleibt die Zielsetzung, das Schuljahr 2007 / 2008 nach neuer Bildungsverordnung zu starten, unverändert. Das Konkordat der Hochschule Wädenswil wird Ende 2006 aufgelöst.</p>	
<p>Nr. 3.03.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Umschuldung Umschuldung von Betrieben, die unverschuldet in Notlage geraten, aber zukunftssträftig sind (LG BL § 41). Der Bund anerkennt zusätzliche Kriterien für die Betriebshilfedarlehen und stellt zusätzliche Mittel zur Verfügung. Um die Mittel auszulösen, muss der Kanton eigene Beiträge bereitstellen.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.6 Mio. Fr.</p>	<p>Im Jahre 2005 wurden 0.2 Mio. Fr. beansprucht.</p>

<p>Nr. 3.03.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Ökologischer Ausgleich Das Programm für den ökologischen Ausgleich in der Landwirtschaft wird von externen Fachleuten mit speziellen naturschutzfachlichen Erfolgskontrollen begleitet.</p> <p>Landratsvorlage 2003 / 292, Verpflichtungskredit 2004 - 2008 LRB 2003 / 437 Total 19.25 Mio. Fr., Teil LZE: Total Fr. 50'000.- (Konto 2243 318 20 2) Per Ende 2003 verbraucht: 0 Franken (neue Massnahme ab 2004) Budget 2004: Fr. 16'000.- Budget 2005: Fr. 16'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>0.016 Mio. Fr.</p>	<p>In den vergangenen zwei Jahren wurde je ein grösseres Projekt durch externe Fachleute durchgeführt:</p> <p>2004: Grundlagenerhebung Dittingerfeld Fr. 20'165.-</p> <p>2005: Erhebung II Saumprojekt Schlattfeld Aesch Fr. 11'970.-</p>
<p>Nr. 3.03.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Konkordat Hochschule Wädenswil überprüfen Die Hochschule Wädenswil basiert auf einem Konkordat von 17 Kantonen, ist jedoch Teil der Zürcher Fachhochschule ZFH. Die Integration in die ZFH wird immer stärker, so dass eine Übertragung der Hochschule Wädenswil an den Kanton Zürich zu prüfen ist. Allenfalls ist ein Austritt des Kantons Basel-Landschaft aus dem Konkordat ins Auge zu fassen.</p>		<p>Der Konkordatsrat beschloss einstimmig, das Konkordat auf den 31. Dezember 2006 aufzulösen. Die Konkordatsträger haben den Beschluss bis Juni 2006 zu bestätigen. Der Kanton Zürich wird die Hochschule und Berufsschule Wädenswil Anfang 2007 übernehmen. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hat der Auflösung mit Beschluss Nr. 989 vom 14. Juni 2005 zugestimmt. Die Schule wird ab 2007 integrierter Teil der Zürcher Fachhochschule sein. Entsprechend wechselt per 2007 auch BL-intern die Zuständigkeit zu der für den Hochschulbereich verantwortlichen Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion.</p>
<p>Nr. 3.04</p>	<p>Programmpunkt Rheinhäfen Basel-Landschaft</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Rahmenbedingungen für den trimodalen Güterverkehr (Wasser / Schiene / Strasse) werden kontinuierlich und nachhaltig verbessert. Die Zusammenlegung der Rheinhäfen beider Basel zu einem selbständigen Unternehmen öffentlichen Rechts ist dabei eine strategische Zielsetzung.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr. 3.04.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Zusammenlegung der Rheinhäfen Im Rahmen eines partnerschaftlichen Geschäftes BL / BS wird die Zusammenlegung und Verselbständigung der Rheinhäfen beider Basel mit der Überführung in ein Unternehmen öffentlichen Rechts realisiert. Dazu wird den beiden Kantonsparlamenten eine entsprechende Vorlage in Form eines Staatsvertrages unterbreitet. Die Behandlung in den Parlamenten erfolgt in den Jahren 2004 und 2005, so dass das neue Unternehmen voraussichtlich per 1. 1. 2006 seine Tätigkeit aufnehmen kann.</p>	<p>Keine direkten finanziellen Auswirkungen.</p>	<p>Bedingt durch die zahlreichen Stellungnahmen aus der externen Vernehmlassung des Staatsvertragsentwurfs musste die Vorlage nochmals überarbeitet werden. Daraus hat sich eine Verzögerung ergeben, so dass die Vorlage erst im Jahre 2006 dem Landrat und dem Grossen Rat unterbreitet werden kann. Die Betriebsaufnahme des geplanten neuen gemeinsamen Unternehmens öffentlichen Rechts kann damit nicht vor 1. Januar 2008 erfolgen.</p>
<p>Nr. 3.05</p>	<p>Programmpunkt Vermessung Geographisches Informationssystem (GIS) / Amtliche Vermessung (AV 93)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Grössere Wertschöpfung durch einen verbesserten Zugang auf Geoinformationen sowie Automatisierung der Geschäftsprozesse: Der Aufbau des geographischen Informationssystems (GIS) in der kantonalen Verwaltung und in den Gemeinden hat die Zielsetzung, den Zugang zu Geoinformationen zu verbessern und die Verfahrensabläufe in den behördlichen Stellen zu beschleunigen und zu vereinfachen. Im Weiteren sollen verbesserte Grundlagen für politische Entscheide geschaffen werden. Ziel ist eine optimale Wertschöpfung aus den vorhandenen Geoinformationen durch Kanton, Gemeinden und Private. Umsetzung der neuen Amtlichen Vermessung 93 (AV 93) im Zeitraum von 1995 - 2015 und in drei zeitlich sich folgenden Etappen. Die 1. Etappe 1996 - 2000 ist technisch abgeschlossen. Aktuell ist die vom Landrat 2001 beschlossene laufende 2. Etappe AV 93 2002 - 2008 (LRB 2001 / 022). Aufgrund einer beschlossenen GAP-Massnahme und eines dadurch reduzierten jährlichen Kredits wird sich die Frist auf ca. 2010 verlängern. Die 3. Etappe soll anschliessend das Projekt bis 2017 abschliessen.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr. 3.05.01</p>	<p>Einzelne Massnahmen Weitere Umsetzung des Landratsbeschlusses GIS Realisierung der Gebäude-Datenbank, Bereitstellung des Auskunftssystems über die Geoinformationen (Meta-Informationssystem); Datenabgabe über Internet; Kostengünstige Realisierung einfacher GIS-Projekte in der Umgebung des Parzellen-Informationssystems (PARZIS); Integration bestehender Geländedaten und weiterer Datenebenen in das Geo Data Warehouse; Realisierung von GIS-Projekten in den Dienststellen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahrensabläufen und zur Schaffung von verbesserten Grundlagen für politische Entscheide im Sektor "Grund und Boden".</p> <p>Landratsvorlage 2000 / 091, Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1013 GIS Total: Fr. 2.8 Mio. Fr. (Kontengruppe 3) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 749'008.- Budget 2004: Fr. 329'000.- Budget 2005: Fr. 295'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.295 Mio. Fr.</p>	<p>Die bisher im Rahmen der Umsetzung des Landratsbeschlusses bereitgestellten Applikationen werden rege benutzt und stossen, wie eine breit angelegte Umfrage im November 2005 ergeben hat, bei den Benutzer/innen auf grosse Akzeptanz.</p> <p>Die Intranet-Applikation PARZIS wird monatlich von 750 - 800 Mitarbeitenden benutzt. Diese verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Organisationseinheiten: FKD 5%, VSD 11%, BUD 24%, JPMD 36%, BKSD 3%, Gerichte 3%, Gemeinden 15% und BL Gebäudeversicherung 3%.</p> <p>Die Projektarbeiten verlaufen weitgehend planmässig. Wesentliche Teile des Landratsbeschlusses sind umgesetzt. Eine Verzögerung gegenüber dem Projektplan ergab sich beim Projekt GIS im Internet. Probleme mit der Systemstabilität veranlassten die Projektleitung, die offizielle Aufschaltung von PARZIS im Internet aufzuschieben. Es wird erwartet, dass dies im 1. Halbjahr 2006 nachgeholt wird. Für ausgewählte Benutzergruppen wie die Gemeinden, Ingenieur- und Planungsbüros sowie Versorgungswerke ist der Zugriff über Internet seit dem dritten Quartal 2005 aber gewährleistet.</p> <p>Der Regierungsrat verabschiedete ein Konzept für die Beteiligung der Gemeinden am GIS BL.</p> <p>Provisorisches Ergebnis Rechnung 2005 (diverse Konten Gruppe 3): Fr. 158'793.-.</p>
--------------------	---	---	--

<p>Nr. 3.05.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) Das vorgesehene Jahresprogramm 2005 berücksichtigt die neue Quote gemäss GAP-Massnahme und sieht die Bearbeitung von ca. fünf Gemeinden vor.</p> <p>Landratsvorlage 2001 / 022, Verpflichtungskredit 2001 - 2008 LRB 1281 / 01 Total 13.1 Mio. Fr., Konto 2230.319.90-3 Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 2'344'098.- brutto Fr 1'203'320.- netto</p> <p>Budget 2004: Fr. 1'324'150.- Budget 2005: Fr. 1'229'000.-</p> <p>Zugehörige Ertragskonti Konto 2230.460.00-3, Budget 2004: Fr. 128'000.- Konto 2230.462.10-2, Budget 2004: Fr. 762'200.- Konto 2230.460.00-3, Budget 2005: Fr. 121'774.- Konto 2230.462.10-2, Budget 2005: Fr. 679'229.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>1.229 Mio. Fr. brutto 0.428 Mio. Fr. netto</p>	<p>Die hängigen Beschwerden im Zusammenhang mit den Operaten in Therwil, Ziefen und Birsfelden wurden im April 2005 entschieden. Entsprechend vergrösserte sich das vorgesehene Programm 2005 zur 2. Etappe um diese drei Gemeinden. Daraus resultierte eine Kreditvergrösserung 2005 auf 1.366 Mio.Fr. resp. eine Budgetdifferenz von +137'025 Franken. Die Unternehmerarbeiten verlaufen programmgemäss.</p> <p>Provisorische Ergebnisse Rechnung 2005: 2230.319.90-3: Fr. 1'274'747.- 2230.460.00-3: Fr. 50'776.- 2230.462.10-2: Fr. 544'918.-.</p>
<p>Nr. 3.06</p>	<p>Programmpunkt Melioration (Bodenverbesserung)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Verbesserung der Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 3.06.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Meliorationsprojekte Die bereits bewilligten Projekte werden weitergeführt. Die finanziellen Möglichkeiten des Kantons zwingen dabei allerdings zu einer langsameren Gangart. Im Budget 2004 stehen für Meliorationsprojekte Fr. 350'000.- zur Verfügung. Gleiches gilt für das Jahr 2005. Vor dem Hintergrund der Finanzknappheit muss auf die Auslösung neuer, zusätzlicher Projekte verzichtet werden.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>0.35 Mio. Fr.</p>	<p>Die im Meliorationsprogramm enthaltenen und durch den Regierungsrat bewilligten Bodenverbesserungen konnten in der Zwischenzeit bis auf zwei Projekte ausgeführt und abgerechnet werden.</p> <p>In der Felderregulierung Roggenburg können die vom Regierungsrat bewilligten Massnahmen innerhalb des genehmigten Kostenrahmens unter Aufrechnung der Teuerung und der Mehrwertsteuer fertig gestellt werden.</p> <p>Provisorisches Ergebnis Rechnung 2005: 2230.364.00-1: Fr. 356'346.-.</p>
<p>Nr. 3.07</p>	<p>Programmpunkt Gesundheitsförderung</p> <p>Strategische Zielsetzungen Fortsetzung der Arbeiten bezüglich der Neuausrichtung der Baselbieter Gesundheitsförderung.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr. 3.07.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Neue Definition Gesundheitsförderung und Suchtprävention Begriff, Ziele, Strategie, Konzept und Tätigkeiten der Gesundheitsförderung Basel-Landschaft werden neu definiert und mit sämtlichen Partnerorganisationen, Leistungsgebern und -nehmern vereinbart. Begriff, Ziele, Strategie, Konzept und Tätigkeiten der Suchtprävention werden neu definiert und mit sämtlichen Partnerorganisationen, Leistungsgebern und -nehmern vereinbart. Der Prozess findet parallel zu demjenigen der Gesundheitsförderung statt, um Synergien und Schnittstellen zu nutzen.</p> <p>Gesundheitsförderung im Frühbereich: Projekt Frühbereich II Umsetzung der Erkenntnisse aus dem im Jahre 2004 abgeschlossenen Projekt Frühbereich II.</p>		<p>Das Rahmenkonzept der Gesundheitsförderung / Prävention 2005 - 2010 wurde erstellt. Das Vernehmlassungsverfahren bei den Direktionen wurde durchgeführt. Die Reaktionen waren zum grössten Teil positiv. Die Verabschiedung durch den Regierungsrat ist für den Januar 2006 vorgesehen.</p> <p>Der Schlussbericht über das Projekt Frühbereich II wurde im Berichtsjahr an den Landrat weiter geleitet. Die Beratung und Kenntnisnahme durch den Landrat erfolgte in seiner Sitzung vom 12. Januar 2006. Damit ist dieses Projekt abgeschlossen.</p>
<p>Nr. 3.08</p>	<p>Programmpunkt Gesundheitswesen: Spitalplanung BS / BL, Teilrevision des KVG</p> <p>Strategische Zielsetzungen Fortsetzung der gemeinsamen Spitalplanungsarbeiten mit Basel-Stadt und Erarbeitung einer gemeinsamen Vorlage an die Parlamente. Erarbeitung der Baukreditvorlage für den Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) gemeinsam mit dem Sanitätsdepartement Basel-Stadt sowie den Baudepartementen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Die "grosse Teilrevision" des KVG ist im November 2003 gescheitert. Die notwendigen Gesetzesanpassungen werden nun in mehrere Reformpakete geschnürt. Hier gilt es, "am Ball" zu bleiben.</p>		<p>Amtsbericht 2005</p>
<p>Nr. 3.08.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Fortsetzung der gemeinsamen Spitalplanungsarbeiten mit Basel-Stadt Ausgehend von den Resultaten des Strategieberichtes Spitalversorgung Basel-Landschaft und dem entsprechenden Bericht aus dem Kanton Basel-Stadt ist im Jahre 2005 gemeinsam mit dem Partnerkanton das weitere Vorgehen in der Spitalplanung zu definieren. Gemeinsamer Bericht an die Parlamente. Zeitpunkt: Frühjahr 2005.</p>		<p>Der Bericht über die Spitalversorgung Basel-Landschaft und Basel-Stadt (stationärer Bereich) wurde am 20. September 2005 an den Landrat überwiesen (Vorlage Nummer 2005 / 250).</p>

<p>Nr. 3.08.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Neubau Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) Auf der Grundlage des Siegerprojektes aus dem Architektur-Wettbewerb wird das Bauvorhaben konkretisiert und den Parlamenten Basel-Stadt und Basel-Landschaft im Frühjahr 2005 die Baukreditvorlage unterbreitet.</p>		<p>Die Vorlage an den Landrat betreffend Neubau des Universitätskinderspitals beider Basel (UKBB), Verpflichtungskredit für Investitionsbeiträge BL, datiert vom 10. Mai 2005 und trägt die Nummer 2005 / 125. Der Landrat stimmte dem Begehren in seiner Sitzung vom 20. Oktober 2005 zu. Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt stimmte dem Begehren bereits einen Tag früher, in seiner Sitzung vom 19. Oktober 2005 zu.</p>
<p>Nr. 3.09</p>	<p>Programmpunkt Kantonsspital Bruderholz</p> <p>Strategische Zielsetzungen Fortsetzung der Sanierungsmassnahmen zur Sicherstellung des laufenden Betriebes, massvolle Anpassung der sanitären Infrastruktur auf den Stationen zwecks Verbesserung der Patientenzufriedenheit. E-health: Ausbau der Informatik zur Unterstützung der Spitalprozesse auf der Basis einer gemeinsamen Informatikstrategie und eines gemeinsamen Kommunikationskonzeptes der öffentlichen Spitäler Basel-Landschaft. Anschluss des Kantonsspitals Bruderholz an das Informatiknetz des Kantons. Optimierung der innerbetrieblichen Arbeitsabläufe und Umsetzung der Bestimmungen des Eidg. Arbeitsgesetzes im Bereich der Arbeitszeiten der Assistenzärzte.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 3.09.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Anpassung der sanitären Infrastruktur Sicherheitsrelevante Massnahmen gemäss Landratsvorlage 2003 / 168: Fertigstellung der 1. Stufe, Beginn der 2. Stufe.</p>		<p>Die Umsetzung der 19 Teilprojekte der 1. Stufe der sicherheitsrelevanten Massnahmen (SM 1) gehen planmässig unter der Federführung der BUD voran. Einzig im Teilprojekt 18 "Liftnanlagen mit REA-Funktion" wird die Umsetzung infolge eines laufenden Beschwerdeverfahrens gegen die Vergabe derart verzögert, dass die geplante Fertigstellung des Gesamtprojektes per Mitte 2006 nicht gehalten werden kann. Die Vorbereitungsarbeiten für die 2. Stufe (SM 2) laufen. Die Sanierungsmassnahmen müssen im Zusammenhang mit den geplanten Neubauaktivitäten des KSB neu beurteilt werden. Das Projekt "Anpassung der sanitären Infrastruktur" konnte mit dem Einbau von Duschen und Toiletten in die bestehenden Badezimmer der Stationen erfolgreich abgeschlossen werden.</p>

<p>Nr. 3.09.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Realisierung einer interdisziplinären Tagesklinik Weiterarbeit an der Realisierung einer interdisziplinären Tagesklinik und Anpassung der Ambulatorien durch die Umnutzung von stationärer Infrastruktur, dadurch Schaffung von 12 - 15 Betten für eine Tagesklinik. Angestrebte Wirkung: Prozessoptimierung, Kosteneinsparungen, bessere Berücksichtigung der Patientenbedürfnisse.</p>	<p>Investitionsbedarf 2005: 0.2 Mio. Fr.</p>	<p>Das Projekt wurde mangels Unterstützung seitens der betroffenen Chefärzte, vor dem Hintergrund hoher Realisierungskosten sowie vor einer priorisierten Schaffung eines 6. Operationssaales sistiert.</p>
<p>Nr. 3.09.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Einführung einer integrierten elektronischen Patientenakte Beschaffung und Einführung einer integrierten elektronischen Patientenakte mit Anbindung aller Patienten orientierten Subsysteme (Phase 2). Angestrebte Wirkung: Ausschöpfung eines grossen, aber schwer quantifizierbaren Einsparungspotenzials durch Prozessbeschleunigung, bessere und Orts unabhängige Verfügbarkeit der Daten. Ferner konzentrierter Datenschutz.</p> <p>Laborinformationssystem (LIS) (Ersatzinvestition)</p> <p>Anschluss ans Kantonsnetz</p>	<p>Investitionsbedarf 2005: 0.4 Mio. Fr.</p> <p>Investitionsbedarf 2005: 0.5 Mio. Fr.</p> <p>Investitionsbedarf 2005: 0.4 Mio. Fr.</p>	<p>Einführung einer integrierten elektronischen Patientenakte Im Berichtsjahr wurden einige bisher teilautonome Applikationen abgelöst und durch das bereits eingeführte medizinische Dokumentationssystem "Qualicare" erfolgreich ersetzt. Im weiteren wurden die konzeptionellen Grundlagen geschaffen, um mittelfristig eine vollständig integrierte elektronische Patientenakte zu realisieren, welche eine Vielfalt einzelner - für die jeweiligen Anwendungen optimierter - Applikationen verknüpft und auch Bild-Daten beinhaltet.</p> <p>Laborinformationssystem (LIS) (Ersatzinvestition) Die Evaluation der Ersatzinvestition wurde auf Antrag des Kantonsspitals Liestal mittels eines Beschlusses des Regierungsrates abgekürzt. Die Beschaffung wurde entsprechend ausgelöst und die Vorbereitungsarbeiten für die Migration aufgenommen. Die Migrationsprozeduren (Sicherstellung der Datentransfers vom bestehenden hin zum neuen System) wurden erfolgreich getestet. Die Migration erfolgt stufenweise und wird im 1. Semester 2006 abgeschlossen</p> <p>Anschluss ans Kantonsnetz Der Anschluss wurde per Ende Dezember 2005 realisiert und zur Nutzung freigegeben.</p>

Nr. 3.09.04	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung des Eidg. Arbeitsgesetzes für Assistenzärzte Ab dem 1. 1. 2005 werden die Assistenzärzte neu auch den gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeits- und Ruhezeiten unterstellt sein. Gleichzeitig tritt die Gesetzesrevision in Kraft (Einführung der 50-Stunden-Woche).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 2.6 Mio. Fr.</p>	<p>Die Assistenzärzte arbeiten seit dem 1. Januar 2005 innerhalb der schwierigen Vorgaben des Eidg. Arbeitsgesetzes. Entsprechende Planungs- und Kontrollmechanismen wurden installiert und werden überwacht.</p>
Nr. 3.09.05	<p>Einzelne Massnahme Beschaffung einer multifunktionalen Röntgenanlage Ersatzbeschaffung für die interventionelle Radiologie im Rahmen des bestehenden Leistungsauftrages.</p>	<p>Investitionsbedarf 2005: 1.1 Mio. Fr.</p>	<p>Vor dem Hintergrund des hohen Investitionsbedarfs für die Erneuerung diverser medizinischer Geräte, pflegerischer und therapeutischer Hilfsmittel sowie vor dem Hintergrund der Erhaltung der allgemeinen Infrastruktur wurde im Rahmen eines gezielten Mitteleinsatzes auf diese Beschaffung vorerst verzichtet. Die Funktionsfähigkeit der bestehenden Anlage - jedoch ohne die gewünschten Mehrleistungen - wurde im Rahmen einer Revision im Umfang von Fr. 200'000.- gelöst.</p>
Nr. 3.10	<p>Programmpunkt Kantonsspital Liestal</p> <p>Strategische Zielsetzungen Klinikreorganisation und Akkreditierung von Belegärzten im Bereich Geburtshilfe an der Frauenklinik. Umsetzung der Bestimmungen des Eidg. Arbeitsgesetzes im Bereich der Arbeitszeiten der Assistenzärzteschaft und Anpassung der Stellenpläne an die Soll-Werte gemäss Stellenplanüberprüfung. Anschluss des Kantonsspitals Liestal an das Informatiknetz des Kantons.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Es wird auf die Berichterstattung zu den einzelnen Massnahmen verwiesen. Der Anschluss des Kantonsspitals Liestal an das Informatiknetz des Kantons ist erfolgt.</p>	
Nr. 3.10.02	<p>Einzelne Massnahme Akkreditierung von Belegärzten an der Frauenklinik Mit einer Öffnung der Frauenklinik im Bereich Geburtshilfe für Belegärztinnen und -ärzte sollen bei gleich bleibendem Personalbestand die vorhandenen Ressourcen besser genutzt und damit die Wirtschaftlichkeit der Klinik gesteigert werden.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.2 Mio. Fr. Mehrertrag</p>	<p>Erste Massnahmen zur Reorganisation der Frauenklinik sind eingeleitet worden. Die angestrebte Ergebnisverbesserung wurde im 2005 erreicht. Beim Projekt "Öffnung der Frauenklinik im Bereich Geburtshilfe für Belegärztinnen und -ärzte" sind zunächst Arbeitsgrundlagen erstellt worden. Entsprechende Entscheide stehen im 2006 an.</p>

<p>Nr. 3.10.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung des Eidg. Arbeitsgesetzes für Assistenzärzte Ab dem 1. 1. 2005 werden die Assistenzärztinnen und -ärzte neu auch den gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeits- und Ruhezeiten unterstellt sein. Gleichzeitig tritt die Gesetzesrevision in Kraft (Einführung der 50-Stunden-Woche). Zudem ist eine Stellenplananpassung im stationären Pflegebereich sowie in den medizinisch-technischen Berufen (Labor, Therapien, Radiologie, Diagnostik, Ambulatorien) gemäss der Studie zur Stellenplanüberprüfung notwendig.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 4.7 Mio. Fr.</p>	<p>Die Massnahmen konnten im 2005 im Rahmen der bewilligten Mittel schrittweise realisiert werden.</p>
<p>Nr. 3.11</p>	<p>Programmpunkt Kantonales Institut für Pathologie (KIP)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten im Bereich des Kantonalen Institutes für Pathologie (KIP). Erfüllung der sicherheits- und arbeitshygienischen Vorschriften.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 3.11.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Umbau und Modernisierung Baukreditvorlage an den Landrat Nr. 2003 / 170. Mit dieser im Januar 2004 bewilligten Vorlage werden durch einen An- und Umbau des bestehenden Personalhauses des Kantonsspitals Liestal zeitgemässe und gesetzeskonforme Labor- und Büroräumlichkeiten zur Unterbringung des KIP hergerichtet. Ausführungsplanung 2004, Zielerreichung Mitte 2006.</p> <p>Landratsvorlage 2003 / 170, Verpflichtungskredit LRB 15.1.2004 Total: Fr. 11'200'000.- (Konto 2320.503.30-224) Per Ende 2003 verbraucht: 0 Fr.- Budget 2004: Fr. 1'500'000.- Budget 2005: Fr. 6'000'000.-</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 6.0 Mio. Fr.</p>	<p>Der Projektablauf erfolgt im Rahmen der Vorgaben sehr zufrieden stellend. Die Inbetriebnahme der neuen Räume ist bereits per Ende des 1. Quartals 2006 vorgesehen. Gemäss Reporting der BUD sollte aus heutiger Sicht zudem ein Projektabschluss im Rahmen der bewilligten Mittel realisiert werden können.</p>
<p>Nr. 3.12</p>	<p>Programmpunkt Zentralwäscherei Liestal (ZWL)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Optimierung der Wäscheversorgung für die Spitäler des Kantons Basel-Landschaft.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr.3.12.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Massnahmen zur Effizienzsteigerung Mit einem einheitlichen Wäscheversorgungskonzept, einem koordinierten Einkauf und einer optimierten Bewirtschaftung und Verteilung durch die ZWL sollen schrittweise Kosteneinsparungen für die einzelnen Betriebe realisiert werden.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.15 Mio. Fr. Ergebnisverbesserung</p>	<p>Die Massnahmen konnten im 2005 eingeleitet werden. Im Sinne eines ersten Schrittes konnten auch die für 2005 vorgesehenen finanziellen Zielvorgaben gemäss GAP realisiert werden.</p>
<p>Nr. 3.13</p>	<p>Programmpunkt Kantonsspital Laufen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Konsolidierung des Betriebes nach der Schliessung des solothurnischen Bezirksspitals Breitenbach unter Optimierung der Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital Bruderholz. Umsetzung der Bestimmungen des Eidg. Arbeitsgesetzes im Bereich der Arbeitszeiten der Assistenzärzteschaft.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr. 3.13.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Optimierung der Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital Bruderholz Umsetzung der bis Ende 2004 zu erarbeitenden Massnahmen im Hinblick auf eine Optimierung der Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital Bruderholz.</p>		<p>Im Tagesgeschäft (Ärztlicher Dienst, Labor, Apotheke etc.) wurde die Zusammenarbeit KSLa - KSB weiter intensiviert. In Bezug auf die Erarbeitung und Umsetzung von Massnahmen längerfristiger, struktureller Art wurde das Vorhaben aus zeitlichen Gründen und vor dem Hintergrund des Spitalverwalterwechsels im Kantonsspital Bruderholz zurückgestellt. Es wurden jedoch andere Optimierungsmassnahmen eingeleitet und umgesetzt: Es wurden neue Büroflächen im Personalhaus zwecks Realisierung von zusätzlichen Flächen für den medizinischen Bereich im Hauptgebäude geschaffen. Weiter wurden die beiden Bereiche mittels einer Passerelle miteinander verbunden. Die Sanierungsmassnahmen in den Bereichen OPS und Radiologie sind in Vorbereitung und werden dem Landrat in der ersten Jahreshälfte 2006 zum Entscheid unterbreitet werden. Das Kantonsspital Laufen hat im Berichtsjahr den Wechsel vom administrativen Kantonsnetz in das neue Spitalnetz auf dem physischen Kantonsnetz vollzogen. Die Einführung von SAP bei den Kantonalen Psychiatrischen Diensten wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital Laufen vollzogen. Gleichzeitig erfolgte der notwendige Releasewechsel beim Kantonsspital Laufen sowie das gemeinsame Outsourcing des Rechnungszentrums-Betriebes. Im Bereich der Urologie wurde eine neue Zusammenarbeit mit dem KSL etabliert, indem seit 2005 die KSL-Klinik regelmässige Sprechstunden im KSLa anbietet und damit den Patientenstrom für stationäre Behandlungen stark nach Liestal lenken kann.</p>
<p>Nr. 3.13.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung des Eidg. Arbeitsgesetzes für Assistenzärzte Ab dem 1. 1. 2005 werden die Assistenzärztinnen und -ärzte neu auch den gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeits- und Ruhezeiten unterstellt sein. Gleichzeitig tritt die Gesetzesrevision in Kraft (Einführung der 50-Stunden-Woche).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.5 Mio. Fr.</p>	<p>Das KSLa war in der Lage, mit dem neuen Bestand an Assistenzärzten bereits am 1. Januar 2005 zu starten und konnte damit die 50-Std-Woche problemlos einführen.</p>

Nr. 3.14	<p>Programmpunkt Kantonale Psychiatrische Dienste</p> <p>Strategische Zielsetzungen Planung / Regionale Zusammenarbeit, Umsetzung der Bestimmungen des Eidg. Arbeitsgesetzes im Bereich der Arbeitszeiten der Assistenzärzteschaft; Anschluss der Kantonalen Psychiatrischen Dienste an das Informatiknetz des Kantons.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Gleich wie die Spitäler Bruderholz, Laufen und Liestal sind nun auch die Kantonalen Psychiatrischen Dienste an das Informatiknetz des Kantons angeschlossen.</p>
----------	---	--

<p>Nr. 3.14.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Baselland Planung der Umsetzung der einzelnen Projekte gemäss vorgesehener Priorisierung. Abweichung: Aufgrund des Landratsentscheides über das Postulat 2003 / 297 werden die ersten Schritte der Schaffung einer Fachstelle für Psychiatrische Rehabilitation vorgezogen.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.2 Mio. Fr. Lohnkosten</p>	<p><u>Projekt Alterspsychiatrischer Dienst (APD):</u> Stationäre Leistungen: Auf Grund der bestehenden Nachfrage und der entsprechenden Versorgungslücke sowie im Hinblick auf einen künftigen Alterspsychiatrischen Dienst wurde das Kantonale Altersheim organisatorisch näher an die Kantonale Psychiatrische Klinik herangerückt und bildet gemeinsam mit den beiden Akut-Altersstationen der Klinik deren Alterspsychiatrischen Bereich. Ambulante Leistungen: Die Entwicklung des Konzeptes für die ambulanten Leistungen wurde wegen des anstehenden Chefarztwechsels in den Externen Psychiatrischen Diensten (EPD) ausgestellt, bis der neue Chefarzt seine Tätigkeit aufgenommen hat. <u>Projekt Tagesversorgung:</u> Nach Vorarbeiten wurde das Projekt wegen des anstehenden Chefarztwechsels in den Externen Psychiatrischen Diensten (EPD) ausgestellt, bis der neue Chefarzt seine Tätigkeit aufgenommen hat. <u>Projekt Spitalpsychiatrische Teams:</u> Wegen des Chefarztwechsels in den EPD noch nicht an die Hand genommen. <u>Fachstelle für Psychiatrische Rehabilitation (FPR):</u> Die Fachstelle hat ihren Betrieb aufgenommen. <u>Projekt Psychiatrischer Dienst für Substanzenabhängige:</u> An der Beratungsstelle für Alkohol- und andere Suchtprobleme (BfA) wurde ein ärztlicher Dienst etabliert, welcher der Drogenberatung Baselland (DBL) unterstellt ist. Auf weitere Schritte wurde wegen des Chefarztwechsels in den EPD und der bevorstehenden Pensionierung des Leitenden Arztes der DBL verzichtet. <u>Projekt Forensische Psychiatrie:</u> Entscheidungsgrundlagen wurden durch die interdisziplinäre Projektgruppe aus Vertretern der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion, der Gerichte und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste in Absprache mit der Forensischen Abteilung der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) an die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion weiter geleitet.</p>
--------------------	--	---	--

Nr. 3.14.02	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung des Eidg. Arbeitsgesetzes für Assistenzärzte Ab dem 1. 1. 2005 werden die Assistenzärztinnen und -ärzte neu auch den gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeits- und Ruhezeiten unterstellt sein. Gleichzeitig tritt die Gesetzesrevision in Kraft (Einführung der 50-Stunden-Woche).</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.34 Mio. Fr.</p>	<p>Die Massnahme wurde umgesetzt.</p>
Nr. 3.15	<p>Programmpunkt Kantonales Labor: Gesundheit und Wirtschaft (neu)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Unterstützung des Vollzugs der Lebensmittelgesetzgebung durch Hilfestellung und Information von Bevölkerung und Betrieben.</p>		<p>Amtsbericht 2005</p>
Nr. 3.15.01	<p>Einzelne Massnahme Aufbau der Konformitätsbewertungsstelle „Spielwaren“ Aufbau der Konformitätsbewertungsstelle „Spielwaren“ zur Kontrolle und gegebenenfalls zur Unterstützung der namhaften, im Kanton ansässigen Importeure.</p>		<p>Die Konformitätsbewertungsstelle Spielwaren wurde 2005 durch die Schweizerische Akkreditierungsstelle zum zweiten Mal mit Erfolg auditiert. Es wurden 240 Baumusterprüfungen durchgeführt. 43 Spielzeuge erwiesen sich als nicht verkehrsfähig und müssen vor der Inverkehrsetzung verbessert werden.</p>
Nr. 3.15.02	<p>Einzelne Massnahme Informationskampagne zum Trinkwasser Umfassende Information der Bevölkerung via Internet über das von ihr konsumierte Trinkwasser. Pilotprojekt der Kantone Basel-Landschaft, Jura, Freiburg und Schaffhausen. Beitrag zur Ratifizierung des WHO-Wasser-Protokolls.</p>		<p>Der Prototyp der Datenbank ist vorhanden. Es braucht noch einige Verbesserungen. Die Information kann voraussichtlich im ersten Quartal 2006 der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.</p>